



DER REINBEKER

eMail: redaktion@derReinbeker.de · Tel: (040) 727 30 -117 · Fax: -118

Kinder an die Macht?

Interview zum Buch: »Alle Macht den Kindern« von Jochen Metzger

Lesen Sie S. 37

G8/G9: Verhärtete Fronten

**Wentorfer Hauptausschuss bleibt bei Klage gegen Schleswig-Holsteins Bildungsminister
Eltern wollen Bürgerentscheid, der kommt aber wohl erst 2012**

Wentorf – Nachdem das Verwaltungsgericht Schleswig einen Vergleichsvorschlag präsentiert hatte, dem das zuständige Ministerium bereits zustimmte – sofortige Einführung von G9 bei Begrenzung der Klassenzügigkeit – musste der in dieser Sache entscheidungsbefugte Hauptausschuss der Gemeinde in seiner Sitzung am 18. September darüber befinden, ob er diesen Vorschlag annimmt oder aber seine gegen den Bildungsminister anhängige Klage weiter

führt. Ausschussvorsitzender Björn Warmer (SPD) merkte bereits zu Beginn an, dass dieser Vorschlag, zu dem der Hauptausschuss sich bis zum 30. September äußern musste, sich »nicht wesentlich« von der Vorlage zur Sondersitzung des Gemeinderates unterscheide (DER REINBEKER berichtete). In der kurzen, aber prägnanten Debatte äußerten sowohl Dirk Petersen (GRÜNE) wie auch Andrea Hollweg (SPD) erhebliche Zweifel an den Erfolgsaussichten dieser Klage. Gleichzeitig verwiesen die beiden Fraktionsvorsitzenden auf die Absicht der Elterninitiative »G9 für Gymnasium Wentorf – sofort«, einen Bürgerentscheid zu Gunsten der Einführung von G9 herbei zu führen. Nur wenige Stunden vor der Ausschusssitzung hatte die

Initiative über 2.000 gesammelte Unterschriften für ein diesbezügliches Bürgerbegehren an Bürgermeister Matthias Heidelberg übergeben. Das entspricht immerhin rund 21 Prozent aller Wahlberechtigten Wentorfs. Ausreichend wären 10 Prozent gewesen. Darauf ging auch Sonja Kleipoedszus, Fraktionschefin der FDP ein, als sie sagte: »Wir haben hier nur finanziell zu entscheiden; insofern sollten wir den Elternwillen würdigen.« Hans-Joachim Hass (UWW) sah die finanzielle Seite immer noch nicht abschließend geklärt, was die Einführung beziehungsweise Beibehaltung von G9 respektive G8 angeht. Zur Frage des Vergleichsvorschlags merkte Hass an, dass »das Procedere ohne eine mündliche Anhörung eigenartig ist, um nicht mehr zu sagen.« Für die CDU stellte deren Fraktionsvorsitzender Harro Vogt klar: »Wir können hier nicht über Aussichten und Chancen der Klage diskutieren. Wir wollen ein Urteil haben. Es geht um den Eingriff des Ministers in die Finanzhoheit der Gemeinde.« In direkter Antwort entgegnete darauf Dirk Petersen, Vogt habe die Gemeinde in ein Verfahren geführt, das zumindest ihm, Petersen, aussichtslos erscheine. Mit den fünf Stimmen von CDU und UWW bei vier Gegenstimmen aller anderen Fraktionen wurde der Bürgermeister beauftragt, die Klage weiter zu führen.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

G8/G9: Verhärtete Fronten

Die Reaktion der Initiative

Nach dieser erneut knappen Entscheidung zeigten sich die zahlreichen Gäste und Mitglieder der Elterninitiative, enttäuscht, erbost, aber auch kämpferisch. Bemerkenswert dabei: G8-Befürworter schienen nicht anwesend zu sein. Die Initiative will jetzt alle Kräfte auf die Durchführung eines Bürgerentscheides konzentrieren. Unter den Kommentaren zur Sitzung des Hauptausschusses war am Häufigsten zu hören, dieser Beschluss würde auf dem Rücken der Kinder ausgetragen. Der Satz »Wir sind das Volk!« drückte das Unverständnis aus, wieso gewählte Volksvertreter gegen den offenbar mehrheitlichen Elternwillen handeln könnten. Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass die Atmosphäre emotionsgeladen war. (Redaktioneller Hinweis: Weiter führende Informationen zur Elterninitiative »G9 für Gymnasium Wentorf – sofort« befinden sich auf: <http://www.g9fuergwsofort.de/>)

Auswirkungen auf die Haushaltsberatungen

Die Beratungen über den II. Nachtragshaushalt in der Gemeinderatssitzung vom vergangenen Donnerstag wurden von SPD, FDP und besonders den GRÜNEN dazu genutzt, erneut die Klageführung und damit den Entscheid des Hauptausschusses zum Teil heftigst zu kritisieren. Um das Ergebnis vorweg zu benennen: Die genannten Fraktionen verweigerten mehrheitlich deswegen ihre Zustimmung zum Nachtragshaushalt. In der Debatte, in der sich weder CDU noch UWW zu Wort meldeten, griff Dirk Petersen den Vorsitzenden des Finanzausschusses Harro Vogt scharfsten an: Im Hinblick auf das Klageverfahren sei er »die treibende Kraft beim Verplempern von Steuergeldern.« Zum Hintergrund verwies der GRÜNEN-Fraktionschef auf ein Gutachten, das ausgerechnet auch noch von der gleichen Kanzlei erstellt wurde, die Wentorf im besagten Rechtsstreit vertritt: Dort sei am Beispiel einer mit Wentorf vergleichbaren Gemeinde dargestellt, wie wenig Erfolgsaussichten eine derartige Klage habe. Die von CDU und UWW zu verantwortende »Stillstandssituation«, so Petersen, sei »ein Schlag ins Gesicht der Bürger.« Im Folgenden ließ Petersen gleichzeitig erkennen, dass die GRÜNEN es der CDU nicht vergessen haben, wie der seinerzeitige GRÜNEN-Vorsitz des Finanzausschusses gekippt worden war (DER REINBEKER berichtete). Sonja Kleipoedszus hielt CDU und UWW entgegen, sie hätten den Gymnasiumsuzuwachs aus finanziellen Gründen stoppen wollen und würden jetzt der Maxime folgen: Der Bürgerwille interessiert uns nicht. Die »Beharrungspolitik« stünde in krassem Gegensatz zu den Einsparforderungen des Finanzausschussvorsitzenden (in der Annahme, dass G9 günstiger zu finanzieren ist; Anm. d.Red.). Andrea Hollweg betonte noch einmal die »überflüssigen und vermeidbaren Kosten durch den Rechtsstreit«, die mit dazu beitrügen, warum die SPD dem Nachtragshaushalt ihre Zustimmung verweigere.

»Wer sind die treibenden Kräfte?«

Diese Frage stellte Gregor Zahnnow (GRÜNE) – eine Frage, die niemand beantworten konnte oder wollte. Zahnnow selbst stellte aber die Vermutung an, es gäbe einen »Kleinkrieg« zwischen einerseits Teilen der Verwaltung und der CDU und andererseits des Gymnasiums. Auch er fragte sich, warum ein Prozess geführt werde, von dem man vermuten darf, dass er verloren



FOTO: TOBIAS DAMJANOV

Im Rathaus nimmt Bürgermeister Matthias Heidelberg (ganz links) die Unterschriftenlisten von Horst Jorißen, Jens C. Gehring und Liane Thürer-Smid (v.li.) als Vertreter der Elterninitiative »G9 für Gymnasium Wentorf – sofort« entgegen

Geschäftsordnungsgründen dürfen diese nicht in öffentlicher Sitzung beantwortet werden; d.Red.) und zur Einschätzung der beauftragten Sozietät seien nach wie vor offen. Dem gegenüber machte er eine »breite demokratische Bürgermeinung – ich möchte hier nicht schon von einer Mehrheit sprechen« aus und schlug dann den Bogen zum politischen Selbstverständnis der Gemeindevertretung: »Dieses Gremium muss wieder als ein demokratisches wahr genommen werden.«

In der Abstimmung über den Haushalt zeigten die kritischen Argumente keine Wirkung: Mit der Mehrheit von CDU und UWW (15 Stimmen) wurde bei vier fehlenden Gemeindevertretern und 11 Gegenstimmen (alle anderen Fraktionen) der II. Nachtragshaushalt gebilligt.

Wie geht es weiter?

Auf Nachfrage von Andrea Hollweg erläuterte Bürgermeister Matthias Heidelberg: Die eingereichten Unterschriften werden jetzt von der Kommunalaufsicht auf ihre

Zulässigkeit geprüft. Wenn diese gegeben ist, legt die Kommunalaufsicht ein Quorum und den Entscheidungstermin fest. Der Ablauf des Bürgerentscheides entspricht dann dem einer Kommunalwahl. Zum zeitlichen Ablauf gab Heidelberg die rein persönliche Prognose, er rechne nicht damit, dass es noch in diesem Jahr zur endlichen Entscheidung komme. td

Hauptausschuss der Gemeindevertretung lehnt Vergleichsvorschlag ab

Weg für eine Klage der Gemeinde ist frei

Wentorf (hap) – Der Hauptausschuss der Gemeindevertretung hat sich in seiner jüngsten Sitzung mit der knappen Mehrheit von fünf zu vier Stimmen gegen den Vergleichsvorschlag des Verwaltungsgerichts Schleswig zum Thema Abitur nach neun Jahren (G9) ausgesprochen.

CDU und Unabhängige Wählergemeinschaft Wentorf (UWW) blieben damit bei ihrer Haltung, am Gymnasium den achtjährigen Bildungsgang zum Abitur beizu-

behalten – gegen den erklärten Mehrheitswillen von Elternschaft und Kollegium des Wentorfer Gymnasiums. SPD, Grüne und FDP sprachen sich in der Sitzung dafür aus, den Vorschlag der Schleswiger Richter zu akzeptieren. Das würde bedeuten, dass die Schule zu G9 zurückkehrt und für einen klar definierten Zeitraum die Sechszügigkeit gewährleistet bleibt.

Bürgermeister Matthias Heidelberg wurde zugleich von dem

Ausschuss damit beauftragt, das Hauptsacheverfahren weiter zu betreiben. Die Gemeinde klagt gegen die Anweisung des Bildungsministeriums, am Gymnasium G9 einzuführen.

Unterdessen hat die Bürgerinitiative „G9 am Gymnasium Wentorf – sofort“ ihre Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren abgeschlossen. Mehr als 2.000 Unterschriften wurden Bürgermeister Heidelberg übergeben. Nach Worten des Verwaltungs-

chefs folgt nun ein stark formalisiertes Verfahren: Die Kommunalaufsicht bei der Kreisverwaltung in Ratzeburg prüft, ob das Bürgerbegehren zulässig ist. Anschließend prüft die Gemeindeverwaltung, ob alle Unterschriften auf der Liste von Wentorfern stammen. Sofern die Voraussetzungen erfüllt sind, bittet die Kommunalaufsicht die Gemeindevertretung, einen Termin für einen Bürgerentscheid festzulegen.